



Interviews

14. Dezember 2023

Christoph Heinemann im Gespräch mit Mathias Middelberg

Christoph Heinemann: Am Telefon ist Mathias Middelberg (CDU), stellvertretender Vorsitzender der Unions-Bundestagsfraktion und Haushaltsexperte. Bei der Bundestagswahl 2021 trat er im Wahlkreis Osnabrück in Niedersachsen an. – Guten Morgen!

Mathias Middelberg: Guten Morgen.

Heinemann: Herr Middelberg, die Schuldenbremse soll eingehalten werden. Heißt das, Problem gelöst?

Middelberg: Nein, das heißt es nicht. Das ist eine Teilfrage, auch eine wichtige, aber es wäre jetzt erforderlich gewesen, ein wirkliches Reformpaket zu schnüren. Wir sind in einer Zeitenwende. Die außenpolitische Bedrohungslage hat sich geändert. Aber auch das Thema Migration verändert die Welt grundlegend. Und wir sind in einem enormen ökonomischen Wandel. Da hätte es viel durchgreifendere und viel umfangreichere Maßnahmen bedurft.

Heinemann: Welche genau?

Middelberg: Dieses Paket, was man jetzt beschlossen hat, ist im Grunde ein Paket, um es klar zu sagen, das einfach völlig unsozial ist. Das richtet sich gegen die kleinen Leute. Es richtet sich gegen kleine und mittlere Verdiener. Die bezahlen jetzt vor allen Dingen über höhere Abgaben und besonders über den hohen CO2-Preis Förderung und Subventionierung für die Wirtschaft, für den Umbau der Wirtschaft.

Heinemann: Was hätten Sie anders gemacht?

Deutschlandfunk
Ein Programm von Deutschlandradio
Raderberggürtel 40
50968 Köln
Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

Middelberg: Wir hätten andere Felder im Haushalt angepackt und davor hat diese Koalition gescheut. Das ist auch, ehrlich gesagt, mein Hauptvorwurf. Dieses Paket, wie es jetzt ist, ist einfach völlig unsozial, weil es trifft die arbeitenden Menschen in diesem Land. Wir hätten wirklich ansetzen müssen beim Thema Bürgergeld und auch beim Thema Migration. Das sind beides dynamisch, aber wirklich äußerst dynamisch wachsende Felder in unserem Haushalt. Das Bürgergeld sind schon über 44 Milliarden, geht Richtung 50 Milliarden. Für Asyl geben wir 28 Milliarden aus und auch die wachsen steil an. Das sind beides Positionen im Haushalt, die machen eine gewaltige Größe aus von bereits über 16, 17 Prozent des gesamten Haushaltsvolumens, und da muss man ran.

Heinemann: Herr Middelberg, Sie haben eben gesagt, es trifft die kleinen Leute. Sie würden gerne an das Bürgergeld gehen. Das würde die ganz kleinen Leute treffen. Was wäre denn daran sozial?

Middelberg: Nein! Wir wollen nicht Leute schlechter ausstatten, die gar nicht arbeiten können, um das ganz klar zu sagen. Wir wollen nicht Rentner in der Grundsicherung treffen, auch nicht Kranke, auch nicht Behinderte, die eingeschränkt sind. Darum geht es überhaupt nicht. Aber wir haben vier Millionen Menschen im Bürgergeld, die erwerbsfähig sind, die arbeiten könnten, und wir haben sehr, sehr viele, im Übrigen auch mittlerweile mehrere hunderttausend Zugewanderte, die arbeiten könnten, und viele von denen wollen zum Teil auch arbeiten. Wir kriegen es aber nicht geregelt, die in Arbeit zu bringen.

Ich sage auch ganz ehrlich: Darum hat sich die alte Regierung, die Groko auch schon nicht entschieden genug gekümmert. Aber diese neue Regierung tut es auch überhaupt nicht. Sie unternimmt gar keine Anstalten, die Anreize in Arbeit zu vergrößern.

Heinemann: Sie haben gerade von der Groko gesprochen. CDU und CSU hatten ja die teure Mütterrente beschlossen. Benötigt Deutschland mehr christsoziale konsumtive Ausgaben dieser Art?

Middelberg: Das Thema Alterssicherung ist auch eines der grundlegenden Themen, die wir uns bei der Frage, muss ich dieses Land reformieren, auch ansehen müssen, weil unsere Gesellschaft überaltert. Das ist ja auch keine Neuigkeit. Auch da sage ich ganz offen, dem Thema hätten wir uns in der Groko, in der älteren Regierungszeit auch frühzeitiger zuwenden müssen. Aber klar ist, diese Regierung, die jetzt amtiert, die ja immer auf 16 Jahre verweist, was alles schlecht gelaufen ist, die tut genau auf diesem Feld, auf dem es Reformen geben müsste, auch gar nichts, und das ist das Problem.

Heinemann: War das jetzt ein klares Ja zu Sozialleistungen mit der Gießkanne?

Middelberg: Nein! Ich würde für gar nichts jetzt irgendwie ein Diskussionsstabu aufstellen. Wir müssen uns die verschiedenen Regelungen ganz genau ansehen und wir müssen uns auch ansehen, was wir bei der Alterssicherung verändern müssen. Wir müssen vielleicht auch, um mal einen positiven Punkt zu nennen, mehr Möglichkeiten schaffen, damit ältere Menschen hinzuverdienen können, auch steuerlich begünstigt oder vielleicht sogar steuerfrei, damit wir die im Arbeitsmarkt halten. Das hilft uns beim Fachkräfte-Thema, hilft uns aber auch bei der Altersversorgung.

Heinemann: Die Ampel-Regierung hat beschlossen, dass der Klima- und Transformationsfonds, immerhin 160 Milliarden Euro, bestehen bleiben soll. Ist damit jetzt Klarheit für Unternehmen geschaffen?

Middelberg: Ja, damit ist Klarheit vor allen Dingen für große Unternehmen, für Konzerne geschaffen, was gewisse Unterstützung angeht. Das ist in vielen Punkten auch richtig. Ich denke aber, dass man die Klimapolitik auch effizienter ausgestalten könnte, und ein wesentlicher Punkt, der ist ja wirklich, ich sage das mal, der Hammer, und das ist auch der Punkt, der dieses Paket so unsozial macht. Dass man den CO2-Preis anhebt, dass man sich dabei auch sogar auf den Pfad der alten Koalition beruft, das finde ich ja völlig okay. Das Problem ist, es fehlt ja der andere Teil, nämlich das Klimageld. Die Überlegung war ja, den CO2-Preis anzuheben und dann über ein Klimageld, und zwar im Übrigen dann sozial angemessen, pro Kopf, das Geld zurückzugeben. Davon hätten gerade die kleinen Leute und auch die kleinen Verdiener besonders profitiert. Dieses Element der sozialgerechten Rückgabe dieser Gelder, das lässt diese Regierung einfach weg, sondern sie benutzt den CO2-Preis jetzt für

nichts anderes als eine Energiesteuer, die dann die Masse zu bezahlen hat und mit der man wenige Unternehmen fördert.

Heinemann: Soweit die Bürgerinnen und Bürger. – Bundesfinanzminister Lindner fordert ja Ihre Partei und auch die CSU zur Mitarbeit beim Wachstums-Chancengesetz auf. Da geht es auch zum Beispiel um Prämien für klimafreundliche Investitionen von Unternehmen. Dieses Gesetz hat der Bundesrat im November in den Vermittlungsausschuss befördert. Kann sich da die Regierung jetzt auf die Union verlassen?

Middelberg: Ja, wir werden das grundsätzlich unterstützen. Aber was wir nicht machen ist eine Klimaprämie mit irre viel Bürokratie. So hätte es die Regierung gerne, so haben es vor allen Dingen die Grünen gerne. Das sind Dinge, die wir nicht mitmachen. Dann sind Anzeigepflichten drin und viel Bürokratie für unsere Unternehmen, was Steuergestaltung angeht. Auch das wollen wir nicht machen, weil das ist jetzt unnütze Bürokratie in dieser ökonomisch schwierigen Frage, und die brauchen wir nicht.

Aber um noch mal auf den Punkt zu kommen: Das Problem bei diesem Wachstums-Chancengesetz ist die Finanzierung. Die Regierung finanziert ihre Projekte jetzt tatsächlich auf dem Rücken von kleinen Leuten, indem da Abgaben erhöht werden. Die müssten, und ich sage es noch mal ganz deutlich, wirklich im sozialen Bereich sich die Dinge ehrlich angucken und dann sehen, wo man sparen kann.

Jetzt kriegt Hubertus Heil die Vorgabe, er soll da anderthalb Milliarden sparen. Das ist gleichzusetzen mit dem Ziel, bring 50.000 Leute in Beschäftigung. Dann hat er schon die Mehreinnahmen aus Steuern und Sozialabgaben. Dann sind die 1,5 Milliarden schon eingespielt, weil er Bürgergeld spart.

Er müsste die Vorgabe kriegen, nicht 50, sondern 500.000 Menschen in Arbeit zu bringen. Dann hätten wir 15 Milliarden Mehreinnahmen, dann wäre das ganze Loch im Haushalt schon geschlossen. Das wäre eine Ansage!

Heinemann: ..., die gestern nicht erfolgt ist und die Sie kritisieren. – Der Bundeskanzler hat gestern folgendes angekündigt: Wenn die internationalen Mittel für die Unterstützung der Ukraine ausbleiben sollten – vielleicht dachte er da an die USA; da wird ja im nächsten Jahr gewählt -, dann könnte er im Deutschen Bundestag einen

Überschreitungsbeschluss vorlegen. Könnte sich die Bundesregierung, könnte sich auch die Ukraine dann auf die Union verlassen?

Middelberg: Ja, die Ukraine kann sich auf unsere Unterstützung verlassen.

Heinemann: Sie würden da mitgehen?

Middelberg: Trotzdem wäre es ambitioniert gewesen, jetzt zu sagen, wir geben uns wirklich mal Mühe und halten die Schuldenbremse ein, denn auch das Thema der außenpolitischen Veränderungen ...

Heinemann: Entschuldigung! Aber das hat der Bundeskanzler doch zunächst erst mal angekündigt, dass er die Schuldenbremse ...

Middelberg: Nein. Er hat angekündigt, dass er die Schuldenbremse einhält, und dann kam sofort der Satz, dass er sie wahrscheinlich doch aussetzen muss wegen Thema Ukraine. Er hat es ein bisschen anders formuliert, aber so war der Satz zu verstehen.

Heinemann: Er weiß ja nicht, wie sich das entwickelt, und das wissen Sie und weiß ich wahrscheinlich auch nicht.

Middelberg: Wir wissen auch nicht, wie die Welt sich im Übrigen im nächsten Jahr entwickelt, und deswegen können wir auch ganz andere Entwicklungen nicht ausschließen. Aber es ist doch auf der anderen Seite auch so – und das ist mein Punkt. Ich habe eben gesagt, es braucht ein Reformpaket, weil wir insgesamt Zeitenwende haben. Da hat ja der Bundeskanzler recht. Nur dann muss auch wirklich im Haushalt, im regulären Haushalt etwas gewendet werden. Wir müssen uns doch insgesamt dieser Zeitenwende stellen, dass wir älter werden, dass wir ökonomisch hohe Anforderungen haben, dass wir Klima haben, dass wir aber auch außenpolitisch jetzt ganz

andere Anforderungen haben. Das muss sich doch irgendwann im normalen Haushalt abbilden. Diese Regierung redet von Zeitenwende, ändert in ihrem Haushalt aber gar nichts, sondern macht ständig nur Extraschulden.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.